

14. MR



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/61 - 14. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Mit Willy Brandt in den USA

65

"Politisches Ereignis von erster Ordnung"

Von Jesco von Puttkamer,
Chefredakteur des "Vorwärts", a. Zt. Washington

3

Das sah es noch nicht!

51

Ein Staatsanwalt war Mitwisser im Fall Heyde/Saradic

4 - 5

Intermezzo Bonn-Hainz

59

Nachklang zum Karlsruher Urteilspruch

6 - 7

Kraftprobe in Finnland

66

Im Schatten der Präsidentschaftswahlen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rosten

* * *
* * *

Mit Willy Brandt in den USA

"Politisches Ereignis von erster Ordnung"

Von Jessco von Puttkamer, Chefredakteur des "Vorwärts", z.Zt. Washington

Der Aufenthalt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, in den Vereinigten Staaten wird von der USA-Presse als hervorragendes politisches Ereignis gewertet. Alle Erklärungen Willy Brandts, seine Gespräche mit Präsident Kennedy und den führenden Männern der neuen amerikanischen Regierung werden in grosser Aufmachung dargestellt. Bilder, Reportagen, die Darstellung des Lebens Willy Brandts und seiner politischen Ziele lassen erkennen, dass die Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten den Besuch des "Regierenden" als ein politisches Ereignis von erster Ordnung betrachtet. Soweit diplomatische Rücksichten es erlauben, lässt man durchblicken, dass Willy Brandt als der nächste Kanzler der Bundesrepublik gilt.

Perspektiven einer neuen Politik

Als Beweis für das Vorhandensein einer neuen politischen dynamischen Kraft in der Bundesrepublik ist die Rede Willy Brandts auf dem Bankett, das in Erinnerung und zu Ehren des früheren Präsidenten Franklin Roosevelt in Washington veranstaltet wurde, gewertet worden. In Anwesenheit von Präsident Kennedy und zahlreichen Ehrengästen entwickelte Willy Brandt die Perspektiven einer neuen Politik der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Starke Eindruck und ein entsprechendes Echo in der Presse hinterliess nicht nur Willy Brandts Bekenntnis zur noch engeren Zusammenarbeit der westlichen Gemeinschaft auf allen Gebieten, sondern auch seine Feststellung, dass man auf der Hut sein müsse, alles allein militärisch sehen zu wollen. Als Willy Brandt erklärte "Wir haben es wirklich nicht nötig, die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu scheuen" und hinzufügte, "Friedliche Koexistenz, das ist ein anderes Wort für den Kampf mit allen Mitteln ausser dem des Krieges", wurde er von stürmischem Beifall unterbrochen.

Auch die folgenden Sätze aus der Rede von Willy Brandt, die gleichzeitig das Programm einer künftigen deutschen Bundesregierung umreissen, haben in der amerikanischen Öffentlichkeit einen ungewöhnlichen Widerhall gefunden:

"Ich glaube nicht, dass die sowjetischen Führer heute in der Lage sind, ihr für lange Fristen festgelegtes Programm radikal zu revidieren! Wenn das richtig ist, dann ergeben sich daraus Konsequenzen. Dann sind neue Anstrengungen sinnvoll, Schritt für Schritt die Kriegsgefahr zu bannen und das Gleichgewicht des Schreckens womöglich durch die Spielregeln einer friedlichen Auseinandersetzung zu ersetzen. Diese Auseinandersetzung aber hat schon begonnen und niemand wird ihr ausweichen können ... Ich kann mir eine Zukunft vorstellen, in der West- und Osteuropa vernünftig kooperieren werden. Inzwischen wird Deutschland mithelfen müssen, vermeidbare Spannungen im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn abzubauen. Nur eines darf man von uns nicht erwarten: dass wir auf die Wiedervereinigung verzichten und die 17 Millionen unserer Landsleute, die von uns abgespalten wurden, auf dem Müllhaufen der Geschichte landen lassen".

Militärs in den USA viel realistischer

Bei den internen Gesprächen Willy Brandts mit führenden Männern der neuen amerikanischen Administration, sowie mit Mitgliedern der deutschen NATO-Gruppe ergaben sich interessante Überlegungen. Willy Brandt gewann gerade von diesen Gesprächen den Eindruck, dass die Militärs in den USA viel realistischer zu denken scheinen als ihre Kollegen in Bonn.

Der neue Stil

Zu den interessantesten Eindrücken, die der Begleiter von Willy Brandt in den USA gewinnen kann, gehört die überall sichtbare Zusammenarbeit hervorragender intellektueller Kräfte in der Umgebung Kennedys. Hier zeigt sich, dass die moderne Demokratie der Vereinigten Staaten gewillt ist, alle geistigen Kräfte zu einer lebendigen Zusammenarbeit miteinander zu verbinden. Schon die Methode bei der Vorbereitung von Gesprächen mit dem Präsidenten und seinen engsten Beratern deutet die höchste Konzentration und das Eingehen auf neue Ideen an. So begann zum Beispiel die Unterredung Willy Brandts mit Präsident Kennedy mit der Beantwortung von 18 präzisen Detailfragen des Präsidenten, in denen die entscheidenden Probleme der deutschen und europäischen Politik - auch im Zusammenhang mit der Situation Berlins - angesprochen wurden.

Für den neuen Stil der amerikanischen Politik ist auch bezeichnend, dass sich die Mitarbeiter Kennedys ausdrücklich für Anregungen bedankten, und dass der Präsident sich die der "Regierenden" begleitenden Journalisten in seinem Arbeitszimmer vorstellen liess.

Das gab es noch nicht!

Kr. - Kiel

Das hat es nach 1945 in der Bundesrepublik noch nicht gegeben: Ein leitender Staatsanwalt wird angeklagt, im Amt einen Mann begünstigt zu haben, der zehn Jahre lang wegen Mordmord in allen Fahndungsbüchern der Bundesrepublik steckbrieflich gesucht wurde. In Schleswig-Holstein ist das Unmögliche möglich geworden: Der bis vor kurzer Zeit leitende Regierungs-Direktor und oberste Personalchef im Wehrbereich I, Bruno Bourwig, wird durch den neuen Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein, Dr. Eduard Wehm, beschuldigt, den für Hitlers Euthanasieprogramm maßgebend mitverantwortlichen Professor Heyde schon 1954/1955 im Amt begünstigt zu haben. Bourwig war damals erster Staatsanwalt in Flensburg. Er führte eine Zeit lang die Geschäfte des Oberstaatsanwalts, nachdem sein Chef, der inzwischen wegen seiner Beziehungen zum Fall Heyde/Sawade und aus Krankheitsgründen vorzeitig in den Ruhestand versetzte Generalstaatsanwalt Dr. Adolf Voß, zum General avancierte.

Nicht ohne Grund wird im § 346 des Strafgesetzbuches wegen Begünstigung im Amt eine Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren angedroht. Strafverfolgungsbehörden und allen voran die Staatsanwälte sind von Amts wegen verpflichtet, jedem Hinweis zur Aufdeckung einer Straftat und Festnahme eines Verursachers nachzugehen. Wenn aber ein als Oberstaatsanwalt amtierender Beamter Bourwig dem Präsidenten des Landesozialgerichts Dr. Buresch mitteilt, er brauche den "Euthanasiemörder" Heyde nicht anzuzeigen, dann wird das Ganze zu einem handfesten kriminellen Skandal. Schließlich hat ja Bourwig den obersten Sozialrichter Buresch angerufen, nachdem dieser Richter von dem in Frankfurt lebenden Professor Creutzfeldt schriftlich mitgeteilt bekommen hatte, dass der Obengutachter Dr. Sawade beim Landesozialgericht in Wirklichkeit der Tvertäter Heyde sei.

Um den ganzen Umfang des Heyde/Sawade-Mitwisserskandals zu erfassen, muss man sich vor Augen führen, wer alles bereits strafrechtlich und beamtendisziplinar in den Fall verwickelt worden ist. Sozialgerichtspräsident Dr. Ernst-Siegfried Buresch ist wegen Begünstigung und Beihilfe zur unklaren falschen Aussage des unter Verdacht stehenden Heyde angeklagt. Der ehemalige Leiter des Landesgesundheitsamtes Dr. Hans Heigl ist wegen wesentlicher und fortgesetzter Begünstigung des Professor Heyde angeklagt. Die beamtendisziplinäre Ermittlung gegen den Flensburger Oberstaatsanwalt Biermann ist, ohne dass die Regierung es bekannt gab, stillschweigend eingestellt worden, obgleich man Biermann beschuldigt hatte, Heyde im November 1959 nicht sofort festgenommen zu haben. Der Senatpräsident beim Landesozialgericht, Dr. Michaelis, und der Landesozialgerichtsrat Dr. Max Meinicke-Pusch sind ebenfalls einem Disziplinarverfahren unterworfen worden, weil sie den Dr. Sawade noch als Gutachter heranzogen, als sie wussten, dass es der Professor Heyde war.

Der Chefarzt der Sozialmedizinischen Untersuchungsklinik der Landesversicherungsanstalt, Dr. Dolfs, und dessen Stellvertreter Dr. Rischer werden beamtendisziplinar untersucht, weil sie die Identität Heyde/Sawade kannten und Heyde dennoch als Gutachter beschäftigten. Schließlich hätte man ohne Zweifel gegen den Internisten Professor Gletsel aus Dortmund Anklage erheben müssen, wenn er beamteter Arzt gewesen wäre. Dieser Mann hat Heyde bei genauer Kenntnis von dessen Verbleiben hervorragend gefördert, war aber formal zur Anzeige nicht verpflichtet. Aber sicher wird Gletsel an der Spitze jener Liste stehen, welche der parlamentarische Untersuchungsausschuss im Juni vorlegen wird.

14. März 1961

Intermezzo Bonn - Mainz

L. Sch. - Mainz

Nachdem ein bemerkenswertes Intermezzo der zweitägigen föderalistischen Bekenntnisse, die vom "Institut für Staatslehre und Politik" und dem "Bund deutscher Föderalisten" am letzten Donnerstag und Freitag in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz organisiert worden waren, offensichtlich der Aufmerksamkeit der zahlreich erschienenen Publizisten entgangen ist, bedarf es eines Nachtrags. Dem Bundesdeutschen Zeitungslesern blieb nämlich leider ein Radeauell verenthalten, das der auf eigenem Parkett in seinem föderalistischen Bekennermut über sich hinauswachsende rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. h.c. Peter Altmeier (ODU) und Ministerialdirektor Dr. Schäfer als Sendbote des Bonner Innenministeriums bestritten haben.

Der rheinland-pfälzische Landesvater machte dabei zunächst auch vor seinen Kollegen und Parteifreunden Dr. Franz Meyers (Nordrhein-Westfalen) und Dr. Hans Ehard (Bayern) keinen Hehl daraus, dass ihn das Karlsruher Fernseh-Urteil mit Genugtuung erfüllt. Er begründete diese Widerspenstigkeit gegen die Bonner CDU-Zensuren für die Karlsruher Verfassungsrichter mit dem Hinweis, der Spruch der roten Roben habe letztlich auch in der Frage der Kulturhoheit der Länder Klarheit geschaffen. Im übrigen, so fügte er hinzu, hätten die Ministerpräsidenten der Bundesländer jahrelang versucht, in der Frage eines 2. Fernsehprogrammes zu einer vertraglichen Regelung zwischen Bund und Ländern zu kommen. In Koblenz und Kiel seien von dieser Seite entsprechende Vertragsentwürfe vorgelegt worden. Die Bundesregierung sei jedoch nie in Verhandlungen eingetreten. Altmeier stellte fest, dass er noch im vorigen Sommer im Namen der elf Bundesländer erklärt habe, dass Verhandlungen und ein Vertragsabschluss in dieser Sache durchaus noch möglich seien.

Der Bonner Ministerialdirektor Dr. Schäfer, den Bundesinnenminister Dr. Schröder als Repräsentanten und Beobachter ins "goldene Mainz" entsandt hatte, lockte solch ketzerische Wahrheitsliebe aus der Reserve. "Aderzuer hält das Urteil für falsch und ich bin seiner Meinung!", schooss er die erste Breitseite gegen Gastgeber Altmeier.

Es sollte gleich noch dicker kommen: der Bund, so tönte Schröders forscher Knappe, habe sich sieben Jahre lang vorgeblich bemüht, um in dieser Angelegenheit zu einem Übereinkommen mit den Ländern zu gelangen. "Dass dann aber dem Kanzler im vorigen Juli der Geduldsfaden gerissen ist, das ist verständlich!", motivierte er den versuchten Bonner Gewaltmarsch zum "schwarzen Fernsehkanal".

Das Merkwürdigste aber an Dessen an sich schon kuriosen und bestürzenden Wortwechsel, in dem ein Bonner Ministerialbeamter den Ministerpräsidenten eines Bundeslandes rundweg der Lüge geziehen hat, war die Reaktion eines stattlichen Zuhörerkreises, der sich immerhin aus mehr als 250 führenden Föderalisten der Bundesrepublik zusammensetzte. Ministerialdirektor Dr. Schäfer erntete mit seiner Kanzler- und schröder-treuer Lesart des Fernsehstreites nämlich einigen Beifall. Dass sich dabei zum Teil die gleichen Hände rührten wie für die gegenteilige Darstellung Altmeiers, erklärt sich bei der Teilnehmerstruktur des Mainzer Kongresses wohl aus der auch bei CDU/CSJ-Föderalisten chronisch gewordenen Situation, zwischen eigener Meinung und Kanzlerfurcht ständig zu schwanken.

Wen kann es da noch wundern, dass erst rund 16 Stunden verstreichen mussten, ehe die geradezu ungeheuerliche Behauptung Dr. Schäfers, im Karlsruher Fernsehurteil seien doch sehr viele Ressentiments enthalten, die bei einem obersten Gericht nicht an Platze seien, von Bundesverfassungsrichter Dr. Scholten als Unterstellung zurückgewiesen wurde.

Kraftprobe in Finnland
Im Schatten der Präsidentschaftswahlen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastor

Zum ersten Male in seiner fünfjährigen Tätigkeit als Finnlands Staatsoberhaupt unternimmt Präsident Urho Kekkonen in diesem Jahre eine offizielle Reisetournee nach den westlichen Ländern. Bisher hat Kekkonen ausschliesslich seine Auslandsreisen in der Sowjetunion absolviert. Er musste von aussenpolitischer Sicht den "Garten in Moskau" züchten, aber nachdem der Anschluss Finnlands an die kleine europäische Freihandelszone EFTA nunmehr erfolgt ist, kann Präsident Kekkonen sich auch einigermaßen dem Westen widmen. Die erste Station war die norwegische Hauptstadt Oslo, wo er das Wochenende als Gast des Königs Olavs verbracht hat. Kurz vorher hat er König Gustav Adolf in Stockholm einen Besuch abgestattet. Weitere Reisen werden ihn im Laufe des Jahres nach Canada, Grossbritannien und Österreich bringen.

Was dabei vor allem ins Auge fällt, ist der Umstand, dass ein finnischer Staatspräsident zum offiziellen Besuch nach mehreren NATO-Mändern kommt. Das hat aber auch seine innerpolitische Erwägungen. Die überwältigende Mehrheit des finnischen Volkes - und das gilt gewisse auch die meisten nominellen Kommunisten - haben eine Sehnsucht nach intimerer kultureller, wirtschaftlicher und allgemeiner Kontakte zu den westlichen Ländern. Man empfindet es als ein Bedürfnis und eine psychologische Notwendigkeit, dass das Staatsoberhaupt sich nach dem Westen begibt um sozusagen, innerhalb der aussenpolitischen Gegebenheiten, die östlich differenzierte Neutralität Finnlands einigermaßen aufzuwiegen. Für die politische Position Kekkonens und seine Partei - die Agrarpartei, die die seit zwei Jahren bestehende Minderheitsregierung bildet - bedeutet die Reise nach dem Westen eben, dass die politische Führung sich auf eine grössere Vielfältigkeit berufen kann.

Das um so mehr, als gerade in diesen Tagen und Wochen die erste Kraftprobe für und gegen die Wiederwahl Kekkonens zum Staatspräsident ausgekämpft wird. Als es schien, dass die Kandidatur Kekkonens für die Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr fast keine Konkurrenz herausfordern würde, haben die finnischen Sozialdemokraten durch einen überraschenden und geschickten Zug dem Spiel eine neue Richtung gegeben. Statt der hervorragenden und wohlbekannteren Parlamentspräsidenten und früheren Ministerpräsidenten Karl August Fagerholm wieder zu nominieren, hat die sozialdemokratische Parteiführung eine parteipolitisch völlig neutrale Persönlichkeit, den Reichsanwalt Olavi Honka als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Honka

14. März 1961

hat das höchste Amt in der finnischen Justizverwaltung und gilt als ein Mann, der gute Möglichkeiten hätte, den Posten als Staatschreiberhaupt zu entpolitisieren und die Auseinandersetzungen zwischen den grossen demokratischen Parteien zu entschärfen.

Sowohl die Seiten der Tätigkeit des Präsidenten Kekkonen in den letzten zwei Jahren werden scharf kritisiert und haben nach sozialdemokratischer Auffassung ein für das ganze Land ungünstiges Klima zwischen der Regierung und den demokratischen Oppositionsparteien herbeigeführt. Der 67-jährige Reichsanwalt Honka würde nach Ansicht vieler Kreise vielleicht eine Wendung mit sich bringen und eine innenpolitische Beruhigung gewähren. Die fünf übrigen demokratischen Oppositionsparteien haben sich einverstanden erklärt, mit den Sozialdemokraten Verhandlungen über eine eventuelle Unterstützung für Honka aufzunehmen, und zwei der Parteien - der Konservativ-liberale Bund und die Kleinbauernpartei - scheinen sich für die Nominierung des sozialdemokratischen Kandidaten entschieden zu haben. Bei der konservativen Sammlungspartei und der schwedischen und finnischen Volkspartei gehen die Ansichten auseinander. Die Agrarpartei Kekkonens steht geschlossen hinter dem Präsidenten, der auch von den "Volksdemokraten" (die kommunistische Partei Finnlands) und die linkssozialistische Simonsen-Partei gestützt werden wird.

Aber schon hat die Agrarpartei die ausserpolitischen "Gefahren" bei einer Wahl Honkas heraufbeschworen, obgleich dieser sich klar und eindeutig für die selbstverständliche Weiterführung der neutralen "Paasikivi-Linie" ausgesprochen hat. Und schon wird auch von Moskau mit scharfer Munition geschossen. Die Sozialdemokraten beschuldigt Tass, sie versuchen durch die Nominierung Honkas "die reaktionären Kräfte Finnlands" gegen Kekkonen zu vereinigen und die finnische Aussenpolitik zu gefährden. Mit weiteren sowjetrussischen Einmischungen in das Spiel um die Präsidentenwahl wird gerechnet, und in Spannung erwartet man das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und den übrigen Parteien.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel